

## **Terms and Conditions**

The Library provides access to digitized documents strictly for noncommercial educational, research and private purposes and makes no warranty with regard to their use for other purposes. Some of our collections are protected by copyright. Publication and/or broadcast in any form (including electronic) requires prior written permission from the Library.

Each copy of any part of this document must contain there Terms and Conditions. With the usage of the library's online system to access or download a digitized document you accept there Terms and Conditions.

Reproductions of material on the web site may not be made for or donated to other repositories, nor may be further reproduced without written permission from the Library

For reproduction requests and permissions, please contact us. If citing materials, please give proper attribution of the source.

### Imprint:

Director: Mag. Renate Plöchl

Deputy director: Mag. Julian Sagmeister

Owner of medium: Oberösterreichische Landesbibliothek

Publisher: Oberösterreichische Landesbibliothek, 4021 Linz, Schillerplatz 2

### Contact:

Email: [landesbibliothek\(at\)ooe.gv.at](mailto:landesbibliothek(at)ooe.gv.at)

Telephone: +43(732) 7720-53100

feststellten, daß die englischen Handelsschiffe fast durchwegs, und zwar auf Befehl der Admiralität bewaffnet seien, nicht bloß zur Verteidigung, sondern, wie aufgefundenen Weisungen bezeugten, zum befohlenen Angriff auf Unterseeboote. Sie könnten daher nicht mehr als Handelsschiffe betrachtet werden, sondern würden vom 29. Februar an als Kriegsschiffe gelten und hätten die Folgen davon selber zu tragen. Das bedeutete eine Verschärfung des Unterseebootkrieges und eine Zuspitzung der Gegensätze in der Frage der Tauchboote. Der amerikanische Senator Gore beantragte denn auch, um es, wenn irgend möglich, nicht darauf ankommen zu lassen, eine Warnung für Amerikaner, auf bewaffneten Handelsschiffen zu reisen. Präsident Wilson beharrte auch diesmal auf seiner Ansicht und richtete in einem Brief an den Senator Stone kaum verhüllte Drohungen an Deutschland. Die Zentralmächte nahmen nun zwar den verschärften Unterseebootkrieg zur angegebenen Frist nicht auf — was Mitte März zum Rücktritt des Admirals von Tirpitz von dem Posten des Staatssekretärs der Marine führte — ließen aber durch den deutschen Botschafter Grafen Bernstorff am 8. März in Washington nochmals ihre Gründe klarlegen: eine dem Völkerrecht gemäße Führung des Unterseebootkrieges sei durch die Bewaffnung der Handelsschiffe unmöglich geworden, die Hungerblockade und viele andere Übergriffe der Entente würden von den Neutralen geduldet und England rühme sich dessen noch. Trotzdem drohte Wilson (18. April) Deutschland mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen, sofern „die gegenwärtigen Methoden des Unterseebootkrieges“ nicht aufgegeben werden sollten. Es war nämlich inzwischen der französische Dampfer „Suffey“, der amerikanische Passagiere führte, von einem deutschen Tauchboot versenkt worden (24. März). Deutschland antwortete abermals nachgiebig und versöhnlich: es könne auf den Unterseebootkrieg nicht verzichten, werde es aber noch einmal dabei bewenden lassen, Handelsschiffe nicht ohne Warnung und ohne Sorge für die Sicherheit der Passagiere zu versenken; allerdings müsse sich die deutsche Regierung weitere Entschlüsse vorbehalten für den Fall, daß es den Vereinigten Staaten auch jetzt nicht möglich wäre, Menschlichkeit auch gegenüber Deutschland zu erwirken. Im Fall der „Suffey“ bot Deutschland Entschädigung. Amerika nahm (10. Mai) die deutsche Note mit Befriedigung zur Kenntnis und versäumte nicht, noch einmal das „amerikanische Recht“ zu betonen, auf welchem Schiffe und wohin immer zu reisen.

Während so die deutsche Regierung immer wieder die von Wilson beschworenen und von den amerikanischen Munitionsfabriken auf ihre Weise geförderte Menschlichkeit zu beachten bereit war, baute England, und mit ihm die übrige Entente, seinen Abschürungs- und Hungerkrieg gegen die Zentralmächte unerbittlich aus. So verbot England den Handel britischer Untertanen mit gewissen Personen und Firmen im neutralen Ausland, die ihm Beziehungen zu den Feinden zu haben schienen (System der schwarzen Listen); es gab eine neue Bannwarenliste heraus, die jeden Unterschied zwischen unbedingter und bedingter Bannware aufhob; es machte sich das Recht an, auch die neutrale Post zu durchsuchen und wegzunehmen; es erklärte, nur noch solchen Schiffen englische Kohle zu geben, die beladen nach England fahren würden und jede deutsche Kohle, auch Bunkerkohle, mit Beschlagnahme zu belegen (18. April). Das war der Weg, der England demnächst zu der auch formellen Aufhebung der Londoner

Deklaration von 1909 führen sollte. (Juli 1916.) Eine Wirtschaftskonferenz der Alliierten, die im Juni zu Paris tagte, erging sich in beinahe schon phantastischen Vorschlägen für einen Wirtschaftskrieg nach dem Kriege. Alles dies entlockte den Neutralen kaum mehr als Zeitungsproteste; und Amerika selber kam mit seinen Notizen und Erklärungen auch nicht weiter, denn es konnte aus allzuvielen Gründen gegen die Entente nicht mit der genügenden Latkraft auftreten. Man darf das dem Präsidenten Wilson nicht einmal vorwerfen. Die einseitige angelsächsisch-demokratische Ideologie der Vereinigten Staaten war mächtiger als seine Einsicht und die Entente bot auch die größeren wirtschaftlichen Vorteile. Zudem erreichte Amerika unter dem Regime dieser Neutralität eine Macht und Stellung wie kaum je zuvor; selbst die militärischen Kräfte konnten vermehrt werden. Und Professor Woodrow Wilson, zu stolz, in den Weltkrieg mit den Waffen einzugreifen, wie er damals sagte, schickte sich an, im Wahlgang von 1916 abermals Präsident zu werden und wenn möglich aller Welt einen Frieden der Vernunft und der Verständigung, wie er sie verstand, zu zeigen; mit einem solchen Frieden wollte er sein Werk krönen.

Erwies so die englische Auffassung von der Freiheit der Meere die Ausartungen einer Seeherrschaft, die um nichts besser war als irgendein „Militarismus“, so gab ein gepeinigter Staat auf dem Balkan das Beispiel, wie die Entente mit den kleinen Nationen umging, zu deren Schutz sie doch zu kämpfen erklärte. Nach der Verhaftung der unbequemen Konsuln in Saloniki wurde den Griechen die Insel Korfu genommen (11. Jänner 1916), obwohl England und Rußland die „immerwährende Neutralität“ eben dieser Insel 1863 mit gewährleistet hatten. Dann besetzte Sarraïl (28. Jänner) die Befestigungen von Kata Burun bei Saloniki. Am 16. Februar wurde die Besetzung aller Eisenbahn- und Telegraphenstationen in Thessalien und Morea durch die Ententetruppen angeordnet. Weiter verlangte die Entente die Beförderung des auf Korfu retablierten serbischen Heeres auf der griechischen Eisenbahn von Patras nach Larissa. Und zuletzt (Juni) unterstützte sie durch eine Blockade der gesamten griechischen Küste ein Ultimatum, in dem Demobilisierung des griechischen Heeres, neue Wahlen zur Kammer und Entlassung des Ministers Skuludis gefordert wurde; an seiner Statt sollte ein „wohlwollendes“ Ministerium mit der Führung der Geschäfte betraut werden. Der König mußte sich fügen und am 22. Juni das verlangte Ministerium unter Zaimis gewähren lassen. Die Leidensgeschichte Griechenlands war damit nicht zu Ende; aber sie reicht über den Zeitraum hinaus, den dieser Band behandelt. Schließlich gelang es ja seinen Beschützern, Griechenland als weiteren Söldnerstaat in den Krieg hineinzuziehen, wie das England im März 1916 mit seiner „Kolonie“, dem einst so stolzen Portugal schon gelungen war.

In der Tat versuchte England, je mehr sich der Krieg seinen Höhepunkten näherte, um so größere Anstrengungen, um ihn mit allen Hilfsmitteln zu führen. Sein Wirtschaftskampf verschärfte sich zur Rücksichtslosigkeit; auf der ganzen Erde, wohin auch sein Einfluß reichte, warb es Kriegsgefährten; und die schon seine Verbündeten waren, mußten ohne jede Schonung bluten, zahlen und tragen. Längst waren die Zeiten vorbei, in denen ein englischer Minister versichern zu können glaubte, das Geschäft werde wie gewöhnlich ablaufen und England könne durch den Krieg nicht mehr leiden als es ohne Krieg hätte auf sich nehmen müssen. Das Land